

Spuk in Tegel 2
Bürger gegen Lärm und Staub

Auf die Straße. 3
LINKE beteiligt sich am Protest

Sonnabend, 21. Oktober - Aktionstag der Gewerkschaften: Das geht besser. Aber nicht von allein! Für die soziale Erneuerung Deutschlands

**Treffpunkt 11 Uhr am Roten Rathaus, anschließend
Demonstration zum Brandenburger Tor und Kundgebung ab 13 Uhr**

Nach der Wahl ist vor der Wahl

Erklärung des Bezirksvorstandes der Linkspartei.PDS Reinickendorf zum Ergebnis der Wahlen vom 17. September 2006

Über 3.500 Reinickendorferinnen und Reinickendorfer haben am 17. September die Linkspartei.PDS gewählt. Der Bezirksvorstand und die Kandidatinnen und Kandidaten danken den Wählerinnen und Wählern herzlich für das erwiesene Vertrauen.

Die Linkspartei.PDS hat in Berlin eine bittere Wahlniederlage hinnehmen müssen. Auch in Reinickendorf hatten die Linken schon bessere Ergebnisse. Besonders enttäuscht sind wir darüber, dass wir den Wiedereinzug in die BVV nicht geschafft haben. Wie die Landespartei denken wir auch im Bezirk über die Gründe für diesen Misserfolg, über die eigenen Defizite nach.

Es zeigt sich wieder: ein engagiert geführter Wahlkampf kann nicht die Wirkungen der großen Politik in Bund und Land der vergangenen fünf Jahre kompensieren. Die im Vergleich zu 2001 weitere Zunahme der Zahl der Nichtwähler in unserem Bezirk um 20.770 auf 69.476 ist ein ernstes Alarmsignal für alle demokratischen Parteien. Zu denken gibt uns besonders, dass fast 4.000 Reinickendorfer rechtsextre-

mistischen Parteien mit ihren menschenverachtenden, fremdenfeindlichen Losungen ihre Stimme gegeben haben.

Die CDU jubelt umsonst: Die Reinickendorfer vertrauen uns am meisten! Auch sie hat über 12.000 Stimmen verloren und vertritt faktisch nur noch 20 Prozent der Wählerschaft. Mit einer plumpen Angstpsychose gegen Rot-Rot hat die CDU ihre Mehrheit im Bezirksamt erhalten. In der BVV jedoch sind die Bedingungen etwas günstiger geworden, der bisherigen arroganten Politik der selbsternannten Reinickendorf-Partei Vernunft und Bürgersinn entgegenzustellen.

Die Linkspartei.PDS gratuliert den neu gewählten Bezirksverordneten. Sie werden stärker noch als zuvor daran gemessen werden, wie sie die Wahlversprechen ihrer Parteien und ihre eigenen Zusagen mit Leben erfüllen. Reinickendorf kann tatsächlich mehr.

Die Linkspartei.PDS wird am Ball bleiben und die Arbeit unseres Bezirksparlamentes - wie gewohnt - konstruktiv und kritisch begleiten. Wir haben in diesen Tagen manch



aufmunterndes Wort erfahren. Das macht uns Mut: Soziale Gerechtigkeit und Bürgerinteressen hatten bei uns nicht nur im Wahlprogramm Priorität. Das bleibt auch so im Alltag! Denn nach der Wahl ist vor der Wahl!

Berlin, 27. September 2006

Gemeinsam gegen rechts

Neonazis wollen am 21. Oktober 2006 vor der JVA Tegel unter dem Motto „Freiheit für Luni“ für den dort inhaftierten Sänger und Texter der rechtsradikalen Band „Landser“ demonstrieren.

Aus diesem Anlass möchten wir alle in der BVV vertretenen Parteien an den Beschluss der BVV Reinickendorf „Gemeinsam gegen rechts“ erinnern: „Engagieren Sie sich! Unsere Gesellschaft lebt vom Mitmachen, mitbestimmen und mitarbeiten. Zivilcourage beginnt bei jeder und jedem Einzelnen! Wir bitten Sie: Sehen Sie hin, nicht weg! Schreiten Sie ein, wenn Rechts-

extreme mit Pöbeleien und Angriffen die Straße für sich gewinnen wollen! Rassismus und Gewalt entstehen da, wo die Gesellschaft wegschaut.“

Wir appellieren hiermit eindringlich an alle demokratischen Parteien, den Nazis nicht die Straße zu überlassen und rufen daher die Reinickendorferinnen und Reinickendorfer auf, den Worten nun auch Taten folgen zu lassen, indem dem erneuten Versuch, rassistische und faschistische Positionen weiter salonfähig zu machen, am 21. Oktober offensiv entgegengetreten wird. Engagieren Sie sich!

Yusuf Dogan

BVV-Splitter

52. Sitzung, 30.8.2006

Die letzte Sitzung der XVII. Wahlperiode nutzten die Parteien zum Wahlkampf. Alle Fraktionen und die Einzelverordnete begrüßten eine im Abgeordnetenhaus verabschiedete Erklärung gegen die rechtsextreme NPD und unterstützten sie „für den Bezirk Reinickendorf“ („Gemeinsam gegen rechts“, Drs.-Nr.:1486/XVII). Die Linkspartei.PDS Reinickendorf schloss sich diesem Beschluss an.

Die BVV ersuchte das Bezirksamt (BA), ein *Radverkehrskonzept* für den Bezirk für die nächsten fünf Jahre zu entwickeln (Drs.-Nr.:1209/XVII), ABM-Kräfte als *Spielplatzwächtereinzusetzen* (Drs.-Nr.:1392/XVII), die Machbarkeit der *Überführung der Reinickendorfer Schulen in ein Public Private Partnership* (Drs.-Nr.:1472/XVII) und die Einrichtung eines *mobilen Bürgerbüros* für Randgebiete des Bezirkes zu prüfen (Drs.-Nr.:0622/XVII, FDP-Antrag von 2003). Nach jahrelanger Verzögerung legte das BA den Zwischenbericht einer Projektgruppe für ein Gesamtkonzept für jene Kieze vor, die im Sozialstrukturatlas als besonders belastet ausgewiesen sind (Drs.-Nr.:1428/XVII).

Linkspartei.PDS-Bezirksvorsitzender Klaus Rathmann erkundigte sich in der **Einwohnerfragestunde**, wie „Bezirksamt und BVV (sichern), dass im bezirksamtlichen Bereich keine MAE- und ABM-Kräfte für Tätigkeiten eingesetzt werden, die gesetzlich vorgeschriebene reguläre Beschäftigungsverhältnisse ersetzen oder geeignet sind, Neueinstellungen zu verhindern“. Die Antwort blieb unbefriedigend: natürlich komme es auch mal vor, dass ... Kein Wort über einen eventuellen Einfluss von BA und BVV auf die Qualität der oftmals vom BA initiierten MAE-Projekte. Man könnte vermuten, das bleibe allein dem JobCenter und den freien Trägern überlassen. Stadtrat Ewers (CDU) hatte bereits im Juni auf eine mündliche Anfrage hin bestätigt, das BA stehe „über das gesetzliche Mitbestimmungsrecht hinaus in einem intensiven Austausch mit dem Personalrat zu den Tätigkeitsbeschreibungen von MAE- und ABM-Maßnahmen“. Dabei handele es sich nur um zusätzliche Aufgaben, „die ohne eine Förderung nicht, nicht in diesem Umfang oder erst zu einem späteren Zeitpunkt durchgeführt werden können“ (Mitteilung des BVV-Vorstehers Nr.474). **K.G.**

In Tegel spukts noch immer

Demokratie vor Ort: Bürger wollen Veränderungen - mehr Lebensqualität im Stadtkern

Der Wahlkampf ist vorbei. In Reinickendorf dürfen CDU und SPD weiterregieren. Die Probleme sind die gleichen. Und einige kommen hinzu. Nehmen wir zum Beispiel den Ortskern Tegel.

Seit Jahren wenden sich Anwohner der Bernstorffstraße an Bezirksamt, Bundestagsabgeordnete, BVV, BVG, Polizei mit Vorschlägen, wie die unerträglichen Zustände in ihrer Straße, was die Verkehrs-, Lärm- und Feinstaubbelastung betrifft, entspannt werden könnten. Seit Jahren werden sie hingehalten, weitergeleitet oder einfach ignoriert.

Im Juli sammelte der Haus- und Grundbesitzerverein Tegel e.V. Unterschriften für eine Petition an die Bürgermeisterin und die Parteien in der BVV. Viele Bürger unterstützten die Vorschläge *Für den Erhalt von Wohnqualität in Tegel* und verlangten, endlich ernst genommen zu werden. In Wahlveranstaltungen und auf der Internet-Dialogseite *kandidatenwatch.de* drückten Betroffene - das sind Mieter und Vermieter, Geschäftsleute, Gewerbetreibende, Kunden, Touristen - ihren Unmut über die teilweise chaotische Situation aus. Walter Momper beschwichtigte, ihm sei um Tegel nicht bange. Vertreter der CDU priesen die Sanierungsmaßnahmen für die Bernstorffstraße und Grußdorfstraße, die

entgegen den Festlegungen des Straßenausbaubeitragsgesetzes ohne vorherige Anhörung der Betroffenen und ohne ausdrückliche Zustimmung der BVV begonnen wurden und deren Kosten dennoch auf die Anwohner abgeschoben werden sollen. Eine Parkraumbewirtschaftung wird von der CDU als ideologisch abgelehnt. Angesichts des nahenden Wahltermins sah sich Baustadtrat Dr. Wegner dennoch veranlasst, den Bürgern Lösungsvorschläge zur Entschärfung der Parkplatzsituation in Tegel im ersten Quartal 2007 anzukündigen (Vorlage zur Kenntnisnahme für die BVV vom 12.6.2006, Drs.-Nr.: 1440/XVII).

Nach Auffassung der Linkspartei.PDS Reinickendorf ist es an der Zeit, dass sich die neugewählte BVV der Anliegen der Bürger annimmt und ernsthafte, koordinierte Schritte für Veränderungen in Tegel auf den Weg bringt. Ein „Runder Tisch“ unter Teilnahme der zuständigen Verwaltungen gemeinsam mit den Betroffenen und ihren Verbänden könnte ein geeigneter Weg sein. Mit der Einführung der Bürgerbegehren und Bürgerentscheide auf Bezirksebene haben Bürgerinnen und Bürger seit kurzem mehr Möglichkeiten, Entscheidungen zu beeinflussen, Unsinn zu verhindern, Gutes durchzusetzen.

Das Teufelszeug „Demokratie“ wird weiter spuken.

Klaus Gloede



Ihr seid noch immer da! Nein das ist unerhört. Verschwindet doch! Wir haben aufgeklärt. Das Teufelszeug, es fragt nach keiner Regel, wir sind so klug, und dennoch spukts in Tegel. Goethe

Auf die Straße.

Klassenkampf von oben: Union und SPD spalten die Gesellschaft. Sie treiben die Umverteilung von unten nach oben weiter voran. Ob Gesundheit, Rente oder Hartz IV - den meisten Menschen wird es schlechter gehen. Bevorzugt werden nur die Besserverdienenden und das Kapital. Es ist höchste Zeit, Widerstand zu organisieren. DIE LINKE beteiligt sich deshalb an den Protesten am 21. Oktober. DIE LINKE wirbt für machbare Alternativen:

Acht Euro Mindestlohn. Gesetzlich garantiert

CDU/CSU und SPD: Die Bundesregierung will keinen gesetzlichen, armutsfesten Mindestlohn.

Bei uns leben 2,7 Millionen Frauen und 1,1 Millionen Männer trotz Vollzeitarbeit in Armut. Sie müssen mit weniger als der Hälfte des durchschnittlichen Bruttolohnes auskommen. Um das fortgesetzte Lohndumping zu stoppen, braucht es einen gesetzlichen Mindestlohn. Zeit für Taten. Arbeit darf nicht arm machen.

DIE LINKE fordert einen Mindestlohn von acht Euro brutto pro Stunde. Gesetzlich garantiert.

Soziale Gerechtigkeit durch Umverteilung

CDU/CSU und SPD: Die Mehrwertsteuer wird auf 19 Prozent erhöht. Die Bevölkerung kostet das rund 22 Milliarden. Die Unternehmen bekommen fünf Milliarden pro Jahr geschenkt.

Die Mehrwertsteuer ist sozial ungerecht und volkswirtschaftlich dumm: Sie trifft die Einkommensschwachen am stärksten und würgt die Konjunktur ab. Das führt zu noch

mehr Arbeitslosigkeit. Schlimmer noch: Die Pendlerpauschale gekürzt, das Kindergeld reduziert - den einfachen Menschen geht es überall an den Kragen. **DIE LINKE** fordert die Bundesregierung auf, die Einnahmen des Staates zu verbessern, indem sie den Spitzensteuersatz bei der Einkommenssteuer erhöht, die Veräußerungsgewinne von Unternehmensbeteiligungen wieder besteuert, die Unternehmenssteuer anhebt, die Erbschaftssteuer reformiert und die Unternehmenssteuer wieder einführt.

Hartz IV ist Armut per Gesetz!

CDU/CSU und SPD: Leistungseinschränkungen, Bespitzelung, Sanktionen - die Politik gegen Hartz-IV-Beziehende ist unmenschlich. Weitere Kürzungen drohen.

Bereits zweimal - im Februar und im Juni - verschärfte die Bundesregierung die Hartz-IV-Gesetze. Der Generalverdacht: Hartz-IV-Beziehende seien arbeitsunwillig. Die Folge: Verbote, etwa den Wohnort zu verlassen, Verschärfung der Sittenhaftung, Bespitzelung und harte Sanktion bis zur vollständigen Leistungs-

kürzung. Zwar erhalten alleinstehende Hartz-IV-Beziehende nun in Ost und West 345 Euro im Monat. Das ist aber immer noch viel zu wenig für ein menschenwürdiges Leben: Für Nahrung und Getränke stehen täglich 4,23 Euro zu Verfügung, für Kinderspielsachen sogar nur 86 Cents im Monat. Zurzeit bereitet die Bundesregierung die nächsten Anschläge auf Erwerbslose vor. Das Sondergutachten des Sachverständigenrats schlägt vor, das Arbeitslosengeld II pauschal um 30 Prozent zu kürzen und Erwerbslose zum vollen Regelsatz arbeiten zu lassen. Auch die Hinzuverdienstmöglichkeiten sollen so geändert werden, dass ihre Kombilohnfunktion verstärkt wird. **DIE LINKE** fordert: Hartz IV muss weg.

Bürgerversicherung statt Kopfpauschale

CDU/CSU und SPD: Mehr Zweiklassen-Medizin: Beiträge für gesetzlich Versicherte steigen, die Kopfpauschale wird vorbereitet, Leistungen werden gestrichen. Nur die Privatversicherten bleiben privilegiert, die Pharmaindustrie macht weiterhin fette Gewinne.

Die Operation ist misslungnen. CDU und SPD lassen das solidarische Gesundheitssystem ausbluten. Für die Versicherten steigen voraussichtlich ab April 2007 die Beiträge um 0,5 Prozentpunkte. Trotzdem müssen die Beitragzahlenden mit höheren Zuzahlungen rechnen. **DIE LINKE** fordert die solidarische Bürgerinnen- und Bürgerversicherung. Eine für alle - so das Motto.

www.dgb.de/aktionstag

www.das-geht-besser.dgb.de/aktionstag/berlin

Er wusste, es ging um die Wurst



Wir verteilten am 16.09.06 am Wahlstand in der Gorkistraße kleine Knacker mit einer Banderole „Die Linke.PDS“.

Dackel Waldi - siehe Foto - hat mit Begeisterung mehrmals zuge schnappt, denn es ging ihm um die Wurst.

Leider haben wir noch kein Wahlrecht für Hunde, er hätte uns bestimmt gewählt.

Auf den Hund gekommen ist aber leider die Wahlbeteiligung der Bürger in dieser Stadt Berlin. **Marion**

Neue Freundschaften

Eine besondere Freude im diesjährigen Wahlkampf bot mir das in Berlin erstmals eingeführte kommunale Wahlrecht ab 16. So konnte ich in spannenden Diskussionen mit einer engagierten Schicht von Erst- und Jungwählern in Schulen, u.a. mit Schülern der Thomas-Mann-Oberschule und der Bettina von Arnim-Oberschule, tiefe Eindrücke darüber gewinnen, was den heutigen Jugendlichen wirklich auf dem Herzen liegt. Und tatsächlich entstanden dabei auch kleine Freundschaften!

Yusuf

Bedenklich

Herr Ernst Röhl macht darauf aufmerksam, dass im Rahmen der anstehenden Gesundheitsreform die quartalsweise fällige Praxisgebühr in Höhe von zehn Euro auch von allen Fernsehteilnehmern eingezogen werden soll, wenn im jeweiligen Quartal auf irgendeinem Sender eine Arztserie läuft. (Ernst Röhl, EINIGKEIT UND RECHT VIEL FREIZEIT, aktuell im Buchhandel.)

Die Abgeordnetenhausfraktion der Berliner Linkspartei.PDS erwägt gegen diese Absicht schärfste Bedenken. Die Fernsehpraxisgebühr sollte zumindest für jene Fernsehteilnehmer entfallen, die eine Überweisung des Hausarztes an das öffentlich-rechtliche Fernsehen vorlegen. **Sr.**

„Haben Sie vielen Dank für Ihre Frage...“

Kandidatenwatch: Dialog im internet

Die 41 DirektkandidatInnen in den sechs Reinickendorfer Wahlkreisen hatten auf dem Weg ins Berliner Abgeordnetenhaus mehr zu tun als in früheren Wahlkämpfen. Ein kluges Gesicht für die Wahlplakate zu machen, in Wahlforen schlagfertiger als der Mitbewerber seine „Wahlbausteine“ zu verkaufen, an Infoständen Vorbeigehenden mit freundlichem Lächeln Luftballons, Rosen, Kugelschreiber, Kondome, Würste, Feuerzeuge, Bonbons usw. und natürlich viel Papier (Zeitungen, Flyer, Wahlprogramme) in die Hand und die Einkaufsbeutel zu befördern, um Stimmen für sich und seine Partei zu werben und bis zum Wahlabend 18 Uhr optimistisch dreinzuschauen, ja, auch Erbsensuppe zu verteilen - das alles reichte 2006 nicht mehr.

Wie zuvor bei den Bundestags- bzw. Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt konnten Wählerinnen und Wähler den Bewerbern um die Mandate *online* Fragen stellen, die *online* beantwortet wurden - oder auch nicht. Öffentlich einsehbar war, wie ernst ein Bewerber die Anfragen nahm, ob er sie abwimmelte oder sachgerecht beantwortete (oder auch beantworten ließ). So wurden die Kandidaten gewissermaßen „gläsern“ und der Wahlkampf politischer und wohl auch ein bisschen interessanter.

„Unsere“ KandidatInnen bewältigten diese zusätzliche Aufgabe insgesamt gut. Ihnen wurden 271 Fragen gestellt - zumeist sachlich-freundliche, nicht wenige gewünschte (selbst organisierte?), aber auch viele kritische und unbequeme, gar

herausfordernde. Persönliche Beleidigungen wurden nicht zugelassen. Die Bewerber bedankten sich höflich für die Möglichkeit, ihre Positionen darzulegen, und taten es meistens ausführlich. Am fleißigsten waren Noch-Baustadtrat Dr. Wegner (mit 45 Fragen), FDP-Bildungsfachfrau Mieke Senftleben (29), Walter Momper (22) und Frank Steffel (17).

Es ging um Hundekot am Schäfersee und das Taxigewerbe, um die Bauarbeiten am Flughafentunnel, das Residenzstraßenfest und den Gewerbeflächenleerstand in der Arosener Allee, um Mobbing am Arbeitsplatz und Ein-Euro-Jobs, um rechts-extremistische Gewalt im Bezirk und die Parkplatzsituation in Tegel, um Armut in Indien und hierzulande und die Zukunft der Gartenfreunde auf der NEB-Insel, um die geplante Schließung des Flughafens oder nicht, die Situation an Reinickendorfer Schulen und die Angst vor der „Einheitsschule“, um Berliner Schulden, um Gummibärchen, neue Klimaveränderungen und die Kennzeichnungspflicht für Polizisten, um Mompers roten Schal und Steffels „Pöbeleien“ (Zitat eines Mitbewerbers) in seinem Wahlkampf flyer und noch vieles andere mehr. Es ging um rot-rote „Sünden“ (tatsächliche und unterstellte) und dass die CDU (zu ersetzen durch FDP, B90/GRÜNE) natürlich alles besser machen würde. Wenn sie denn am 17. September gewählt worden wäre...

Vorschlag: Könnte Berlin nicht wie in Hamburg dem Kandidatenwatch ein Abgeordnetenwatch folgen lassen?!

Friedrich Wilhelm

Am Rande

Das achte Gebot

Zugegeben, Martin Luther hatte keine Ahnung von Wahlkampf, und die moderne Demokratie war seinerzeit auch noch nicht erfunden. Trotzdem darf man bezweifeln, dass er, wäre er dieser Segnungen teilhaftig gewesen, seinen Kleinen Katechismus anders formuliert hätte, auch nicht das achte Gebot: Du sollst nicht falsch Zeugnis reden wider deinen Nächsten.

Natürlich hat Herr Steffel, bombensicher gewählter Wahlkreis-kandidat der christlichen CDU im feinen und villenreichen Hermsdorf-Frohnau, nicht im Traum daran gedacht, gegen ein christliches Gebot zu verstoßen. Aber er wird es sich ja wohl aussuchen dürfen, wer sein Nächster ist.

Außerdem hatte er wirklich triftige Gründe, im Wahlkampf davor zu warnen, dass böse Mächte wie Rot, Rot, Grün, Gelb und Grau sich verschworen hätten, Reinickendorf endgültig zu ruinieren und zu diesem Zweck sogar vor einem Bündnis mit den Braunen nicht zurückschrecken.

Man vermerke, wie unglaublich bedenkenlos alle diese Parteien zuvor zu einem Beschluss der BVV „Gemeinsam gegen rechts“ beigetragen oder ihm zugestimmt hatten.

Überdies sollte man ruhig solche alten Volksweisheiten bedenken wie „Was ich selber denk und tu, trau ich auch allen andern zu“. Demzufolge muss man den anderen alles mögliche zutrauen, da die CDU 1992 eine Vereinbarung mit den REPs ausgehandelt hatte, gemeinsam Frau Wanjura zur Bürgermeisterin zu wählen. (Die Rede ist von den „Spandauer Gesprächen“ - allerdings soll damals tatsächlich ein einzelner CDU-Verordneter den Abstimmungsgehorsam verweigert haben.)

Was soll man da von den anderen villenlosen Gesellen erwarten! Man könnte denen höchstens zu Gute halten, dass ihre Wählerschaft ihnen derartiges Gebahren ganz unfein übel nehmen würde.

Jochen Eser

Termine

Landschaften und Portraits – Zeichnungen von Erika Hofmann heißt die neue Ausstellung im Roten Laden, die bis Ende November 2006 zu sehen ist. Die Vernissage ist am **14. Oktober ab 14 Uhr.**

Fragen und Antworten können unter www.kandidatenwatch.de nachgelesen werden.

Wer keine Niederlage erlebt, wird nicht klüger, sondern nur arroganter. Wir werden jetzt klüger.
Gregor Gysi am Wahlabend

Na, hoffentlich!

Impressum

Herausgegeben vom Bezirksvorstand der Linkspartei.PDS Reinickendorf, V.i.S.d.P.: Klaus Rathmann.

Wir in Reinickendorf wird vom Bezirksverband finanziert.

Spenden

sind ausdrücklich erwünscht: Die Linke.PDS Reinickendorf, Berliner Bank, BLZ: 100 200 00, Kontonummer: 4384 816812.

Hier finden Sie uns:



Roter Laden

Schloßstraße 22
13507 Berlin-Tegel.
Öffnungszeiten:
Mo - Fr 15.00 bis 18.00 Uhr
Tel.: 4373 2630
Fax: 4373 2632
e-mail:
reinickendorf@linke.pds-berlin.de
internet:
www.linksparitei.pds-reinickendorf.de